

Seit Juni 2018 werden zivile Rettungsschiffe im Mittelmeer auf Betreiben insbesondere der Innenminister Italiens (Salvini), Deutschlands (Seehofer) und Österreichs (Kickl) an Rettungsmissionen gehindert. Seit Mitte August ist jegliche private Seenotrettung unterbunden. Sie war überhaupt erst nötig geworden, weil staatliche Rettungsmissionen zunehmend eingestellt wurden. Die Route über den Balkan hat sich wegen der brutalen Push-backs an der serbisch-kroatischen Grenze in gefährliche Bergregionen in Bosnien verschoben.

Der Weg auf den sich tausende Menschen auf der Flucht vor Klimawandel, Verfolgung, Krieg und Armut in der Hoffnung auf Solidarität und Menschlichkeit gemacht haben, soll jetzt im Mittelmeer oder in Lagern ausserhalb der Grenzen Europas enden. Das ist die Festung Europa, wie sie sich die rechten Hetzer gewünscht haben.

Wir fordern sichere Fluchtwege!

Flucht vor Klimawandel, Verfolgung, Krieg und Armut ist die Folge jahrhundertelanger Ausbeutung auf die die Industrieländer ihren Wohlstand begründet haben. Viele Menschen in Europa sind sich dessen bewusst. Tausende engagieren sich seit Jahren in der Flüchtlingshilfe, auch entlang der Migrationsrouten und im Mittelmeer, auch hier in Graz. Sie meinen, dass Solidarität eine Selbstverständlichkeit ist und

dass Mensch gleich Mensch ist.

Wir wollen ökonomische und soziale Gerechtigkeit!

Diesem für viele selbstverständlichen solidarischen Handeln ist jetzt von den Regierungen in Europa ein Riegel vorgeschoben worden.

Hilfe für Flüchtlinge wird von Politikern als kriminell hingestellt und juristisch unterbunden.

Flucht und Fluchthilfe sind kein Verbrechen!

In diesen Wochen werden auf der EU-Flüchtlingskonferenz in Wien und dem EU-Gipfel in Salzburg Pläne zur Einrichtung von Lagern in Libyen ausgearbeitet und über die Aufrüstung der Grenzagentur Frontex entschieden. Das sind Schritte in Richtung einer militarisierten Migrationsabwehr, die auf dem afrikanischen Kontinent stattfinden soll.

Wir wollen keine Abschottung sondern sichere Fluchtwege!

Schluss mit der Kriminalisierung von Solidarität mit Flüchtlingen!

Graz, 24.9.2018